

Haupttätigkeit unserer nationalen Abgeordneten sich dahin richten zu sollen, den zweifelhaften Willen vieler bayrischen und württembergischen Kollegen zu forrigieren und auf die bevorstehenden politischen Ereignisse vorzubereiten.

Sollten Sie glauben, daß jetzt schon bei der preußischen Regierung Geneigtheit vorhanden ist, unsern Eintritt in den Nordbund durch Staatsvertrag anzubahnen, so möchte ich Sie ersuchen, alsbald die nötigen Vorbereitungen dafür einzuleiten, damit wir keinen Augenblick verlieren, um in dieser wichtigen Einheitsfrage fortzuschreiten. Es wird freilich schwer sein, sich in diesem Zeitpunkt bei Graf Bismarck Gehör zu verschaffen . . .

b) Aus einem Schreiben des Großherzogs Friedrich von Baden an den Minister Jolly.

25. September 1870¹⁾.

— — Mehr und mehr werde ich in der Ansicht bestärkt, daß wir eine Tatsache schaffen müssen, d. h. daß wir nötigenfalls öffentlich bekunden müssen, den Antrag, in den Nordbund aufgenommen zu werden, gestellt zu haben, nachdem wir Bayern und Württemberg davon benachrichtigten. Die öffentliche Darlegung unserer Handlungsweise wird allein imstande sein, den wichtigen Einfluß auf das Verhalten und fernere Verfahren der beiden andern Staaten zu üben. Mit unserm Vorgang werden dann die von den Abgeordneten beabsichtigten Schritte den rechten Druck ausüben, welchen man preußischerseits vermeiden will. Wir müssen daher auch jetzt wieder uns den Nebenamen der enfants terribles gefallen lassen, mit dem man uns seit 1866 beehrte. Das Verfahren hat sich bewährt, trotz aller Abmahnungen von Berlin, denn ohne dasselbe würden wir nun nicht mit Preußen, sondern gegen dasselbe kämpfen. Wenn die preußische Regierung aus Bescheidenheit (!) jetzt noch die Einigung ganz Deutschlands sich von Süddeutschland schenken lassen will, statt diese schöne Gabe der Nation selbst anzubieten, so wollen wir wenigstens nicht fragen, wie Preußen das Geschenk annimmt, sondern danach trachten, dasselbe auf dem uns am kürzesten erscheinenden Wege

¹⁾ Lorenz a. a. O. S. 338 f.